

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Schneider (Berlin) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 27

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2320, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen aufzulösen.

Bonn, den 26. November 1984

Schneider (Berlin)

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Ein Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ist historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik.

Das Bundesministerium symbolisiert nur noch Anspruchsdenken gegenüber der DDR, da alle wichtigen Entscheidungen ohnehin durch das Bundeskanzleramt getroffen werden.

35 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten steht sowohl der juristische Anspruch der Bundesregierung, alle Deutschen im Rahmen der Grenzen von 1937 vertreten zu müssen, als auch die politische Auffassung, daß die DDR nur ein „Gebilde“ sei, das überwunden werden müsse, der Entwicklung weitergehender Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis entgegen.

Nachhaltige Verbesserungen zwischen den Deutschen in beiden Staaten werden nur erreichbar sein, wenn beide Seiten auf zwischenstaatlicher Ebene die Gleichberechtigung des jeweils anderen ohne Vorbehalte und Alleinvertretungsansprüche akzeptieren.

Notwendige Haushaltspositionen aus dem jetzigen Einzelplan 27 sollen in das Auswärtige Amt und andere Ressorts verlagert werden, 401 000 DM für 1985 für den Minister und den Parlamentarischen Staatssekretär werden eingespart.

